

Herausgeber

Heinrich Bechtoldt

Herbert von Borch

Walter Hallstein

Kurt Georg Kiesinger

Klaus Ritter

Walter Scheel

Helmut Schmidt

Richard von Weizsäcker

AUSSEN POLITIK

**Zeitschrift für
internationale
Fragen**

Reinhardt Rummel

Abstimmung in der westlichen Krisendiplomatie

Stephen J. Artner

Entspannungspolitik vor und nach Afghanistan

Axel Lebahn

Alternativen in den EG-RGW-Beziehungen

Klaus Frhr. von der Ropp

Zimbabwe – eine Chance mit Robert Mugabe

Siegfried Bethke

Nahrungsmittelhilfe – ein Negativfaktor?

Ulrich Fanger und Horst C. Zipfel

Kanada – von Trudeau über Clark zu Trudeau

Wolf-Ruthard Born

Demokratische Republik Sudan unter Nimeiri

Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften

31. Jahrgang

2/80

2. Quartal 1980 Verlagsort Hamburg DM 12.50

ISSN 0587-3835

**INTERPRESS
Übersee-Verlag GmbH
Hamburg**

AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

Jg. 31 2. Quartal 1980

Reinhardt Rummel Abstimmung in der westlichen Krisendiplomatie	123
Stephen J. Artner Entspannungspolitik vor und nach Afghanistan	134
Axel Lebahn Alternativen in den EG-RGW-Beziehungen	147
Klaus Frhr. von der Ropp Zimbabwe – eine Chance mit Robert Mugabe	167
Siegfried Bethke Nahrungsmittelhilfe – ein Negativfaktor?	180
Ulrich Fanger und Horst C. Zipfel Kanada – von Trudeau über Clark zu Trudeau	197
Wolf-Ruthard Born Demokratische Republik Sudan unter Nimeiri	211
Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften	236

Der Auflage liegt ein Prospekt vom Verlag Klett-Cotta, Stuttgart, bei.

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Herbert v. Borch, Walter Hallstein, Kurt Georg Kiesinger, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (07 11) 45 01 26 28.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS-Übersee Verlag GmbH, Schöne Aussicht 23, D-2000 Hamburg 76, Telefon 2 28 52 26. Verleger: Friedrich Reinecke, Anzeigen: Z. Z. ist Preisliste Nr. 10 gültig. Druck: Druck- und Verlagshaus Friedrich Pörtner, Kapitän-Dallmann-Straße 41-43, D-2820 Bremen-Nord.

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen 6 Wochen vor Quartalsschluß.

Zimbabwe – eine Chance mit Robert Mugabe

In Zimbabwe, einem der drei Länder im südlichen Afrika, die als Rest der Entkolonisierungszeit für besonders explosiv zu gelten hatten, ist über offene Wahlen der Übergang zu einer schwarzen Herrschaft gefunden worden, die von allen Seiten anerkannt ist. Das war möglich, als die britische Regierung auf der Commonwealth-Konferenz in Lusaka im August 1979 ihre Politik wechselte und der tanzanische Staatspräsident Nyerere die früheren OAU-Positionen verließ. Auf beiden Seiten haben die Gefahren der Kriegsausweitung, aber auch die daraus möglicherweise resultierenden Öffnungen für die Sowjetunion wie 1974/75 in Mozambique und Angola eine Rolle gespielt, und das unter dem Eindruck sowohl der Manöver Castros auf der Blockfreien-Konferenz in Havanna im September 1979 als auch des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan im Dezember 1979. Dr. Klaus Frhr. von der Ropp, von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Bonn, in dieser Zeitschrift mit einer ganzen Reihe von bedeutsamen Analysen und Initiativen zur Politik im Süden Afrikas hervorgetreten, zeichnet im folgenden Beitrag den Ablauf der Verhandlungen von der Ära Smith über den Wahlerfolg Muzorewas, die Commonwealth-Konferenz von Lusaka, die Londoner Zimbabwe-Konferenz, die Rhodesien erst noch einmal eine britische Kolonie werden ließ, bis zu den Wahlen mit dem Sieg von Mugabe und seiner ZANU (PF) nach. Mugabes kommende Aufgabe wird es sein, die Widersprüche zwischen seinen revolutionären Wahlaussagen und den Erfordernissen und Chancen der Erhaltung einer hochentwickelten Volkswirtschaft aufzulösen. Nur dann könnte für Zimbabwe ein Schicksal vermieden werden, wie es Mozambique und Angola erlebten. Andere Entwicklungen im südlichen Afrika könnten davon positiv beeinflusst werden. Andererseits werden durch Mugabes Sieg der südafrikanische ANC und die südwestafrikanische SWAPO Auftrieb erhalten und für die achtziger Jahre schwierige Probleme aufwerfen. Der folgende Beitrag wurde Anfang März 1980 abgeschlossen. Mit ihm knüpft der Verfasser an den von ihm und Peter Paul Waller in »Außenpolitik« 1980, Heft 4, S. 463-476 veröffentlichten Aufsatz »Die Entwicklungsperspektiven für Zimbabwe« an.

Kürzlich hat ein Besucher Südafrikas seine Erinnerungen an das Land am Kap der Guten Hoffnung mit dem trefflich gewählten Untertitel »Der Versuch Südafrikas, aus der Geschichte auszuwandern«, versehen¹. Dennoch läßt sich selbst heute, da Südafrika die erste Phase eines Guerillakrieges bereits erreicht hat, nicht ausschließen, daß die sehr weit in die Geschichte der Kap-Republik zurückreichende Rassenpolitik Pretorias letztlich doch nicht in ein Pandämonium der Gewalt, in die große Tragödie, einmünden wird. Denn die Größe dieses wirtschaftlich zudem so hoch entwickelten Landes, seine überreichen natürlichen Ressourcen sowie der Umstand, daß keine der Konfliktparteien in absehbarer Zeit in der Lage sein wird, die andere auszuschalten, lassen durchaus noch die Hoffnung zu, eine Kompromißformel zu finden. Sie wird den berechtigten Interessen beider Hauptkontrahenten, d. s. die schwarzen Südafrikaner wie auch die Nation der um das Afrikanerdom gescharten weißen Südafrikaner, Rechnung zu tragen haben². Dazu bedarf es allerdings nicht nur einer aus der nahezu allmächtigen Regierungspartei

1 Günther Gillissen: »Rassenstaat – Ständestaat – Gottesstaat? Südafrikas Versuch, aus der Geschichte auszuwandern«, Stuttgart, 1978.

2 S. dazu vor allem Theodor Hanf, Heribert Weiland und Gerda Vierdag: »Südafrika: Friedlicher Wandel?«, Mainz/München, 1978, S. 138–254. S. weiter Jürgen Blenck und Klaus Frhr. von der Ropp: »Republic of South Africa: Is Partition a Solution?«, in »The South African Journal of African Affairs« (Pretoria) vol. 7 No. 1 (1977), S. 21–32; ders.: »Neue und alte Spannungsfelder im Süden Afrikas«, in »Außenpolitik« vol. 31, Nr. 1 (1980, 1. Quartal), S. 101–116 (108–115).

Nasionale Party van Suid-Afrika hervorgegangenen Führungsgestalt nach Art eines afrikaans Charles de Gaulle; dieser wird im wesentlichen die Vorstellungen³ von der Zukunft Südafrikas wie des liberalen afrikaans Parteiführers Frederick van Zyl Slabbert in die Tat umzusetzen haben. Erforderlich ist darüber hinaus, daß die westlichen und eine möglichst große Zahl schwarzafrikanischer Staaten diese Politik einer Revolution von oben in jeder nur denkbaren Form fördern⁴.

Dabei wird nicht zuletzt der folgende Punkt zu beachten sein: Südwestafrika/Namibia wie auch Rhodesien/Zimbabwe sind europäische Siedlerkolonien. Die dort lebenden Weißen sind um den Preis der Zerstörung der Infrastruktur beider Länder zu evakuieren. Vielleicht ist es nur eine Frage der Zeit, wann die Minderheitsprobleme beider Länder in diesem Sinn gelöst werden. Die weißen Südafrikaner hingegen sind in ihrem Land nicht weniger verwurzelt als die Kubaner auf Kuba, die Juden in Israel und die Äthiopier in Äthiopien. Hier wie dort sind im Anschluß an Völkerwanderungen neue Nationen gewachsen.

Mit der *Unilateral Declaration of Independence* (UDI) unternahmen auch die weißen Rhodesier unter ihrem damaligen Premierminister Ian Smith im November 1965, allem Anschein nach übrigens sehr gegen den Rat des seinerzeitigen südafrikanischen Ministerpräsidenten Hendrik F. Verwoerd, endgültig den in ihrem Fall erst recht aussichtslosen Versuch, aus der Geschichte auszuwandern.

In Rhodesien/Zimbabwe war seit Ankunft der europäischen und südafrikanischen Siedler Ende des 19. Jahrhunderts ein blühendes Agrar-, Bergbau- und Industrieland entstanden. Der europastämmige Teil der Bevölkerung blieb jedoch niedrig; wahrscheinlich hat er niemals die 5-Prozent-Marke überschritten. So war es nur konsequent, daß sich Salisbury nie einer Politik der Apartheid südafrikanischer Prägung verschrieb. Anfang der 50er Jahre hatten die britischen Kolonialbehörden dann das damalige Protektorat Süd-Rhodesien/Zimbabwe mit den Kolonien Nord-Rhodesien/Zambia und Nyassaland/Malawi zu der allerdings nur kurzlebigen *Central African Federation* (CAF) zusammengefaßt. In ihr sollten die schwarzen Afrikaner in einem stufenweisen Prozeß den staatlichen und wirtschaftlichen Machtapparat übernehmen. Mit der CAF glaubte man eine liberale Alternative zur südafrikanischen Politik der Rassentrennung gefunden zu haben⁵. Die Ereignisse der beiden folgenden Jahrzehnte sind bekannt: Die CAF zerbrach an der Unvereinbarkeit der Vorstellungen und Interessen ihrer schwarzen und weißen Bewohner. London entließ Nord-Rhodesien/Zimbabwe und Nyassaland/Malawi in die Unabhängigkeit. Eine entsprechende Vereinbarung mit der weißen Regierung in Salisbury, das bereits seit 1923 über eine weitgehend innere Autonomie incl. eigener Streitkräfte verfügte, scheiterte und führte schließlich zur UDI.

Allen von den Regierungen zahlreicher Staaten wie auch dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen Rhodesien/Zimbabwe verhängten ökonomischen, mi-

3 S. dazu den »Report of the Constitutional Committee of the Progressive Federal Party and Policy Decisions made by the Federal Congress of the P.F.P. at Federal Congress held in Durban on 17th and 18th November 1978«; vgl. dazu Klaus Frhr. von der Ropp: »Südafrikas Herausforderung an die Liberalen«, in »liberal« (Bonn) vol. 21 Nr. 7/8 (1979,8), S. 614–622.

4 Dazu jüngst Garrick Utley: »Globalism or Regionalism? United States policy towards Southern Africa«, in »Adelphi Papers« No. 154 (Winter 1979/80), S. 36, 37 – Hrsg.: The International Institute for Strategic Studies, London.

5 Vgl. dazu vor allem Colin Leys und Cranford Pratt: »A New Deal in Central Africa«, London u. a., 1960.

litärischen und weiteren Sanktionen zum Trotz behauptete sich das Land wirtschaftlich und militärisch zunächst erstaunlich gut⁶. Dies trug ganz wesentlich zum Fehlschlag der Bemühungen zur Beilegung des Zimbabwe-Konfliktes bei⁷. Mit dem Zusammenbruch der portugiesischen Kolonialherrschaft in Mozambique im April 1974 erreichte der im Herbst 1972 im Nordosten Zimbabwes ausgebrochene Buschkrieg dann jedoch zunehmend ein Ausmaß, das selbst jene, die in Salisbury immer noch relativ unangefochten herrschten, die Aussichtslosigkeit ihrer Politik weitgehend erkennen ließ. Diese Einsicht kam allerdings mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zwanzig Jahre zu spät. Sollte Zimbabwe in den kommenden Monaten dennoch nicht den Weg in die langfristige Zerstörung antreten, so ist diese Wende zum Positiven vor allem auf das Engagement Peter Alexander Carringtons und Julius Kambarage Nyereres in den Jahren 1979/80 zurückzuführen. Das mag dann auch für die Republik Südafrika hoffen lassen.

I. Wendepunkte im Süden Afrikas?

Nur wenige Tage nach den Parlamentswahlen vom Ende Februar 1980 läßt sich naturgemäß noch keine Prognose zur künftigen Entwicklung Zimbabwes anstellen. Nur soviel sei hier festgestellt: die Fortführung und Intensivierung des Buschkrieges erscheint heute unwahrscheinlicher als ein definitiver Erfolg der Commonwealth-Friedensinitiative.

Zu beachten sind allerdings die anhaltenden Folgen des Destabilisierungsprozesses, der in den zurückliegenden fünf Jahren vor keinem Staat im Umfeld Zimbabwes Halt machte⁸. Gegenschläge zimbabwisch/rhodesischer wie auch südafrikanischer Luftwaffen- und Heereseinheiten zerstörten in Angola, Zambia und Mozambique u. a. eine große Zahl von Brücken, Eisenbahnanlagen, Straßenknotenpunkten, Kraftwerken und anderen wichtigen Infrastruktureinrichtungen. Zudem nutzten die Regierungen in Salisbury und Pretoria, ohne daß sich hier Einzelheiten nachweisen ließen, die Existenz oppositioneller Gruppen in Angola, Mozambique und Zambia. Bekanntlich müssen diese Gruppen allesamt in der Illegalität operieren, da die politischen Ordnungen aller drei Staaten das Wirken von Oppositionsparteien nicht dulden. Unzufriedenheit aufgrund grober ökonomischer Fehlleistungen⁹ in früheren Jahren sowie, jedenfalls im Falle Angolas, die Existenz eines von Dritten am Leben gehaltenen Regimes verschaffen jedoch allen dissidenten Gruppen beachtliche interne Unterstützung. Die militärische und übrige Unterstützung Pretorias und jedenfalls bis Ende 1979 auch Salisburys für die *Uniao Nacional para a Independência Total de Angola* (UNITA) und die *Resistencia Nacional*

6 Dazu Rolf Hasse: »Wirtschaftliche Sanktionen als Mittel der Außenpolitik/Das Rhodesien-Embargo«, Berlin, 1977; Klaus Frhr. von der Ropp und Peter Paul Waller: »Die Entwicklungsperspektiven für Zimbabwe«, in »Außenpolitik« vol. 29 Nr. 4 (1978.4. Quartal), S. 463–476; ders.: »Die Republik Rhodesien im zehnten Jahr nach UDI«, in »Internationales Afrika Forum« (München) vol. 11 Nr. 3 (1975.3), S. 170–176.

7 Zu den jüngeren Initiativen s. Garrick Uttley a.a.O., S. 5–18. S. weiter Klaus Frhr. von der Ropp: »Ein neuer Versuch zur Lösung des Rhodesien-Problems«, in »Europa Archiv« Vol. 27 Nr. 2 (1972.1), S. 61–68; ders.: »Rhodesien nach dem Scheitern der Genfer Konferenz«, in »liberal« (Bonn) vol. 19 Nr. 3 (1976.3), S. 200–210.

8 S. dazu vor allem Godwin Matatu: »The New Wars«, in »Africa« (London) No. 100 (1979. Dezember), S. 14–32. S. weiter die regelmäßige und sehr informative Berichterstattung des »Africa Research Bulletin« (Political, Social and Cultural Series).

9 S. Günter Krabbe: »Unter Sambias romantischem Sozialismus leiden Bevölkerung und Wirtschaft« in FAZ vom 6. November 1978, S. 12; Ulrich Meister: »Sambias Versorgungsschwierigkeiten/Rhodesische Brückensabotage und eigene Fehler« in NZZ vom 11. Dezember 1979, S. 4; ders.: »Kriegs- oder Mißwirtschaft in Sambia?« in NZZ vom 21. Dezember 1979.

Moçambicana (RNM) stellen die Regierungen in Luanda und Maputo vor zusätzliche Probleme. Hingegen erscheint doch recht zweifelhaft, daß – wie es seit Dezember 1979 gelegentlich den Anschein haben mag – Pretoria tatsächlich der (illegalen) *Basotho Congress Party* unter dem militanten Nationalisten Ntsu Mokhehle dazu verhelfen wird, den im Grunde gemäßigten Ministerpräsidenten Leabua Jonathan in Maseru/Lesotho aus dem Amt zu jagen. Man wird den letzteren wohl nur auf die (engen) Grenzen seiner Macht hinweisen wollen.

Für die Zukunft Zimbabwes wie die aller anderen Staaten des Subkontinents wird aber letztlich entscheidend sein, wie sich der Guerillakrieg in Südafrika entwickeln wird. Die gegen die in Soweto gelegenen Polizeistationen Moroka und Orlando unternommenen bewaffneten Angriffe, der Überfall mit Geiselnahme auf eine Bank in Silverton/Pretoria, der Anschlag auf den kleinen Ort Ingwavuma in der Nähe der mozambiquanisch-südafrikanischen Grenze sowie die Entdeckung eines großen Waffenlagers in derselben Gegend sind 1979/80 nur die Spitze eines Eisberges. Seit Ende 1976, dem Jahr des Ausbruchs der Soweto-Unruhen, wurde pro Monat mindestens ein Zwischenfall bekannt, in den Angehörige der Befreiungsbewegung *African National Congress* (ANC) verwickelt waren.

II. Der Wechsel von Ian Smith zu Abel Muzorewa

Ian Smith und seine politischen Gefolgsleute glaubten den Gang der Geschichte in Zimbabwe durch den Abschluß des Verfassungsabkommens vom 3. März 1978 (»interne Lösung«) noch einmal aufhalten zu können. Auf dieser Grundlage übernahm Anfang März 1978 eine Übergangsregierung die Amtsgeschäfte in Salisbury. An deren Spitze stand ein Exekutivrat, dem, formell gleichberechtigt mit Ian Smith, die drei weiteren Unterzeichner des Vertrages vom 3. März 1978, nämlich Abel Muzorewa, Ndabaningi Sithole und Jeremiah Chirau, angehörten. Wahrscheinlich trug dann aber niemand so sehr zum Scheitern dieses Abkommens bei wie Ministerpräsident Ian Smith. Sein finftenreiches Spiel der letzten 15 Jahre schlug nämlich jetzt in eine schlicht törichte Politik um. Sicher liegt, das sei an dieser Stelle nur beiläufig vermerkt, in dieser destruktiven Rolle Ian Smiths in den Jahren 1978/79 auch eine der Wurzeln für das schwache Abschneiden Abel Muzorewas bei den Parlamentswahlen von Ende Februar 1980. Seine fatale Kurzsichtigkeit äußerte sich u. a. darin, daß Ian Smith seine Partner in dem von März 1978 bis Mai 1979 amtierenden Exekutivrat bestenfalls wie bloße Erfüllungsgehilfen behandelte. Damit prägte er das politische Klima dieser so kritischen Übergangszeit entscheidend. Ferner schloß er ohne Wissen seiner drei Partner im Exekutivrat durch die Vermittlung anglo-amerikanischer, nigerianischer und zambischer Offizieller im August 1978 in Lusaka/Zambia mit Joshua Nkomo ein Abkommen, in welchem er diesem die Regierungsverantwortung in Salisbury übertrug¹⁰. Dessen Verwirklichung scheiterte dann allerdings am Widerstand des erst im Nachhinein von Joshua Nkomo informierten Robert Mugabe sowie Julius K. Nyereres, der nicht bereit war, in die Rolle eines Intriganten zu schlüpfen.

¹⁰ Dazu Jim Hoagland und David B. Ottoway: »Manoeuvring on Rhodesia: The Anatomy of a Failure/British-U.S. Diplomatic Initiative Appears Dead«, in »International Herald Tribune« (Paris) vom 5. Dezember 1978, S. 1, 2.

Im April 1979 fanden dann erstmals Wahlen auf der Basis *one-man-one-vote* in Zimbabwe statt. Aus ihnen ging Abel Muzorewa als klarer Sieger hervor. Sein *United African National Council* (UANC) gewann nämlich 51 der 72 von Schwarzen zu besetzenden Parlamentssitze. Die Absplitterung einer Gruppe von Abgeordneten um James Chikerema von dem UANC sowie die Unfähigkeit Ndabaningi Sitholes, sich mit seiner Wahlniederlage abzufinden, schwächten aber die Regierung Muzorewa von vornherein recht nachhaltig. Aber auch einer stärkeren Regierung wäre es bei einer Amtszeit von nur knapp sechs Monaten wohl kaum möglich gewesen, sozialreformerisch tätig zu werden¹¹. Schwerwiegender war wohl, daß es der Regierung Muzorewa entgegen ihren großsprecherischen Wahlversprechungen nicht gelang, den Buschkrieg wenigstens zu reduzieren.

Mehr noch als die der weißrhodesischen Minderheit eingeräumten Privilegien veranlaßte der Wahlboykott der Parteien Robert Mugabes und Joshua Nkomos den UN-Sicherheitsrat, diese Wahl Ende April 1979 bei Stimmenthaltung Großbritanniens, Frankreichs und der USA einstimmig für illegal zu erklären. Eine analoge Resolution verabschiedete die 16. OAU-Gipfelkonferenz im Juli 1979 in Monrovia/Liberia. Gleichwohl gab es in etlichen westlichen Staaten wichtige Stimmen, die der Anerkennung der Regierung Abel Muzorewas das Wort redeten¹².

So hatte es längere Zeit den Anschein, als werde die seit Anfang Mai 1979 amtierende Regierung Margaret Thatchers diesen Schritt tun. Sie stützte ihre Haltung vornehmlich auf den Bericht Lord Boyds, der zusammen mit fünf Begleitern im Auftrag der damals noch oppositionellen Konservativen Partei die April-Wahlen in Zimbabwe beobachtet hatte. Dessen Verfasser waren zu dem Ergebnis gekommen, diese Wahlen seien fair und unter den herrschenden Umständen so frei wie möglich gewesen. Es ist bekannt, daß die Regierung in Washington diese Frage im Ringen mit dem Senat, der mit teils überaus klaren Mehrheiten die Auffassung Londons teilte, diametral entgegengesetzt beurteilte. In der US-Administration wurde damals einmal mehr die Handschrift ihres seinerzeitigen UN-Botschafters Andrew Young sichtbar, der noch stets seine Sympathien für die militanten Parteien Mugabes und Nkomos hatte erkennen lassen. Für die Entscheidung der amerikanischen Regierung wird aber neben innenpolitischen Erwägungen nicht ohne Belang gewesen sein, daß die USA derzeit ca. 15 Prozent ihrer Rohölimporte aus Nigeria beziehen. Und dessen Regierung gehörte von Anfang an zu den kompromißlosen Gegnern jeglicher Anerkennung der Regierung Muzorewa¹³.

Gleichwohl entsandte die Regierung in London mit Lord Harlech einen Sonderbotschafter in Commonwealth-Staaten und andere interessierte Länder Afrikas,

11 S. dazu die von der Regierung Ian Smith für ihre Nachfolgerin ausgearbeiteten Studien: Ministry of Finance/Salisbury (Hrsg.) »Proposals for a Five-Year Programme of Development in the Public Sector«, Januar 1979. S. dazu des weiteren die beiden Anlagen-Bände »Integrated Plan for Rural Development« und »Urban Development in the Main Centres/A Report on the Population Influx Problem as Part of the Five-Year Rural Development Plan«.

Vgl. damit die von der regierungsunabhängigen Whitsun-Foundation gefertigte Studie »A Strategy for Rural Development/Data Bank No. 2: The Peasant Sector«, Salisbury, Oktober 1978.

12 Dazu vor allem das Interview mit Henry Kissinger in »International Herald Tribune« (Paris) vom 7. Juli 1979, S. 6. S. weiter den so le senswerten Aufsatz von Udo Wiemann: »Falsche Hoffnungen auf ein Ende des Krieges in Rhodesien!«, in FAZ vom 15. Mai 1979, S. 5; s. weiter »Carter's Rhodesia Blunder«, in »International Herald Tribune« (Paris) vom 9./10. Juli 1979, S. 6.

13 »Nigeria/Stronger warning to Mrs. Thatcher's Government on Rhodesia«, in »West Africa« (London) vom 11. Juni 1979, S. 1048.

wo er für die britische Einschätzung der Lage in Zimbabwe werben sollte. Zugleich wurde ein britischer Diplomat als semipermanenter Vertreter Londons in Salisbury stationiert. Etwa einen Monat später ernannten auch die USA einen in ihrer Botschaft in Pretoria angesiedelten Diplomaten zum inoffiziellen Gesandten für Zimbabwe. Obwohl die Mission Lord Harlechs offenbar ein völliger Fehlschlag war, hatte es doch noch im Zeitpunkt der Eröffnung der 22. Commonwealth-Konferenz (1. August 1979) in Lusaka/Zambia den Anschein, als werde London die Unabhängigkeit Zimbabwes auf der Grundlage der April-Wahlen anerkennen.

III. Die Commonwealth-Konferenz von Lusaka

Der Verlauf¹⁴ dieser Konferenz der seinerzeit 41 Mitgliedsstaaten des Commonwealth ließ dann aber einen radikalen Kurswechsel der britischen Politik erkennen. Dazu mag zum einen die Befürchtung geführt haben, daß die Fortsetzung der bisherigen Politik den Fortbestand der Staatengemeinschaft gefährdet hätte, einzelne, vor allem afrikanische Staaten (darunter mit Sicherheit Tanzania, vielleicht auch Zambia und Nigeria) zum Austritt aus dem Commonwealth veranlaßt hätte. Daneben spielten gewiß Interessen der britischen Wirtschaft in schwarzafrikanischen Ländern (Nigeria!) eine Rolle. Noch wichtiger wird aber möglicherweise die Befürchtung gewesen sein, daß die Regierung Muzorewa den Krieg gegen die Guerilla-Armeen Nkomos und vor allem Mugabes nicht gewinnen könne, daß dieser Konflikt zudem etwa durch die zunehmende Involvierung Südafrikas in absehbarer Zeit ganz außer Kontrolle geraten werde.

Parallel zu dieser Entwicklung der britischen Position rückte der tanzanische Staatspräsident, der bereits einige Zeit zuvor in die Rolle des Vorsitzenden der fünf Frontstaaten gewachsen war, von der noch im Juli 1979 in Monrovia/Liberia wiederholten OAU-Auffassung ab. Diese besagte, daß der Zimbabwe-Konflikt nur dadurch zu lösen sei, daß die Regierungsverantwortung in Salisbury ohne jede Einschränkung auf die Parteien Mugabes und Nkomos, die einzigen authentischen Vertreter der Bevölkerung Zimbabwes, übertragen werde. Auch Nyerere mag seine Position aus Sorge um eine Ausweitung der Kriege in Australafrika modifiziert haben. Ihn, wie naturgemäß auch die Briten, wird dabei auch die Sorge bewegt haben, daß die UdSSR und ihre Verbündeten die großen Nutznießer jeder weiteren Zuspitzung der Krisenszenarien im südlichen Afrika sein würden. In diesem Kontext sei in Erinnerung gerufen, daß Nyerere im Frühjahr 1977 das sowjetische Angebot zum Abschluß eines Freundschaftsvertrages klar zurückgewiesen und zweieinhalb Jahre später, bei der 6. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Havanna, eindeutig die jugoslawische Position gegen die Vorstellungen der Kubaner vom Selbstverständnis der Bewegung der Blockfreien unterstützt hat¹⁵.

Entscheidenden Anteil am Zustandekommen der Friedensinitiative des Commonwealth hatte dann die bereits Wochen vor der Lusaka-Konferenz in Afrika

14 Dazu Joachim Braun: »Das zerbrechliche ‚Wunder‘ von Lusaka« in NZZ vom 10. August 1979, S. 1; »Africa Research Bulletin« (Political, Social and Cultural Series) vol. 16 (1979.8), Sp. 5358 A – 5361 B; Martyn Gregory: »Rhodesia: from Lusaka to Lancaster House«, in »The World Today« (London), vol. 36, No. 1 (1980.1), S. 11–18.

15 Dazu Peter Meyns: »Die Bewegung der blockfreien Länder nach der Gipfelkonferenz von Havanna«, in »Europa Archiv«, vol. 35 Nr. 3 (1980.2), S. 89–98 (92).

aufgenommene Pendeldiplomatie australischer Diplomaten und Politiker. Dabei wird eine Rolle gespielt haben, daß, nicht anders als in Westeuropa, in Australien (wie auch Neuseeland) die Konflikte in und um Zimbabwe wie auch Südafrika/Azania voller innenpolitischer Brisanz stecken. Als Unterhändler bewährte sich dann in Lusaka selbst neben dem australischen Ministerpräsidenten Malcolm Fraser vor allem der aus Guyana stammende Generalsekretär des Commonwealth, Shridath Ramphal.

Ein von einer Sechser-Kommission (Tanzania, Zambia, Nigeria, Jamaika, Australien und Großbritannien) ausgearbeitetes Papier zur Einberufung einer Allparteienkonferenz für Zimbabwe wurde von den Delegationen aller Commonwealth-Staaten gebilligt. Hier bewährte sich die Existenz der seit dem britischen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften häufig totgesagten Staatengemeinschaft. Denn gewiß trug der Umstand, daß es sich bei der nachfolgenden Londoner Konferenz nicht nur um eine Initiative Großbritanniens, sondern um eine solche der 41 Commonwealth-Staaten handelte, ganz wesentlich dazu bei, den vor und während der Londoner Konferenz von seiten Nkomos, Mugabes wie auch der Regierung in Salisbury immer wieder aufkommenden, teils heftigen Widerstand auszuräumen.

IV. Die Londoner Zimbabwe-Konferenz

Die Mehrzahl der Konferenzbeobachter und vielleicht auch -teilnehmer wird im Verlauf der dreimonatigen Debatten immer wieder davon überzeugt gewesen sein, daß die unter der souveränen Leitung des britischen Außenministers stehenden Verhandlungen doch noch fehlschlagen würden. Zu groß erschienen die Differenzen zwischen den Lagern Mugabe/Nkomo und Muzorewa/Walls. Der letztere, Oberkommandierender der Regierungstreitkräfte, trat übrigens in London endgültig als Sprecher der weißen Rhodesier an die Stelle von Ian Smith. Häufig wurde der Erfolg der Friedensinitiative durch den Fortgang des brutaler werdenden Krieges in Frage gestellt. Beide Seiten suchten hier ihre Positionen zu verbessern. Ziel der zahlreichen Angriffe rhodesischer Einheiten auf Objekte in Zambia und Mozambique war so nicht zuletzt, beide Länder, von denen aus die *Zimbabwe People's Revolutionary Army* (ZIPRA/Nkomo) bzw. die erheblich schlagkräftigere *Zimbabwe African National Liberation Army* (ZANLA/Mugabe) operierten, kriegsmüde zu machen. Dies scheint gelungen zu sein. Allerdings um den Preis einer vielleicht langfristigen, ernsthaften Störung der zambisch-britischen Beziehungen¹⁶. Das gilt um so mehr, als der Südafrika/Azania-Krieg von den Anrainerstaaen noch ganz andere Opfer fordern wird! Den Preis für diese Opfer wird in der westlichen Welt dann allerdings nicht nur London zu zahlen haben!

Die Zimbabwe-Konferenz war in drei Phasen aufgegliedert: Verhandlungen über die Unabhängigkeits-Verfassung, über die Gestaltung der Übergangsperiode bis hin zur Entlassung des Landes in die international anerkannte Unabhängigkeit sowie über den Waffenstillstand¹⁷.

16 S. Michael Holman: »Why Salisbury is squeezing Kaunda«, in »Financial Times« (London) vom 24. Oktober 1979, S. 4; »War Alert«, in »Zambia Daily Mail« (Lusaka) vom 21. November 1979, S. 1; »Kaunda faces the holocaust«, »The Star« (Johannesburg) vom 17. November 1979, S. 14.

1. Konstitutionelle Pflichtübungen

Ein näheres Eingehen auf die allerdings erst nach wochenlangen Debatten verabschiedete künftige zimbabwische Verfassung erübrigt sich angesichts der Vermutung, daß sie schon bald obsolet sein wird. So hier nur die Hinweise, daß die überkommenen Privilegien der weißen Minderheit bis auf eine zeitlich begrenzte Überrepräsentation im Parlament gestrichen wurden und sich die Verfassung, statt an herkömmlichen schwarzafrikanischen politischen Ordnungen, an dem Westminster-Modell orientiert. Es ist jedoch im Grunde unvorstellbar, daß der politische Alltag der Republik Zimbabwe anders aussehen wird als der ihrer autoritär geführten Nachbarstaaten. Er wird kaum nach Westminster führen.

2. Zur Gestaltung der Übergangsperiode

Von hervorragender Bedeutung war, daß es den Briten gelang, ihre Vorstellungen von der Gestaltung der Übergangsperiode bis hin zu den Parlamentswahlen sehr weitgehend durchzusetzen¹⁷. Diese gipfelten in der Allmacht, mit der der einzig der Londoner Regierung verantwortliche britische Gouverneur ausgestattet wurde. Allerdings fehlten ihm zur Durchsetzung seiner Befugnisse eigene staatliche Zwangsmittel aller Art. Letztlich handelte es sich hier also doch nur um einen Fall der Verantwortung ohne Macht. Es sollte weniger verwundern, daß es Lord Carington gelang, die Delegation des Ministerpräsidenten Muzorewa von der Notwendigkeit des Rücktritts der von ihr gestellten Regierung wie auch der Auflösung des im April 1979 bei einer Wahlbeteiligung von 64,8 Prozent gewählten Parlamentes zu überzeugen. Muzorewa war nie jener halsstarrige, letztlich verantwortungslose Unterhändler, als der sein Vorgänger im Amt, Ian Smith, den Briten noch stets begegnet war. Nur mit massiver Einflußnahme der Frontstaaten ist andererseits zu erklären, daß die damals noch in der lockeren Allianz *Patriotic Front* zusammengeschlossenen Parteien Mugabes und Nkomos dieser Regelung zustimmten. In diesem Kontext sei erwähnt, daß sich die Verantwortlichen der Frontstaaten Ende 1979/Anfang 1980 häufig zur Koordinierung ihrer Zimbabwe-Politik trafen. Auch unterhielten sie, sei es in Tansania/Mozambique, sei es in London laufende Kontakte zu ihren zimbabwischen Verbündeten. Hingegen spielte die OAU, soweit ersichtlich, zu keiner Zeit während und nach der Konferenz eine nennenswerte Rolle. Ihr fehlt, wie sich hier einmal mehr zeigte, in kritischen Fragen jede Autorität.

Bereits eingangs der Londoner Konferenz hatte Nkomo, zugleich im Namen der Delegation Mugabes, die Ansicht vertreten, daß die Patriotische Front (PF) ebenso wie die britische Regierung in Zimbabwe eine »*decolonising force*« sei. Mit Fug und Recht konnten die Verantwortlichen der PF darauf verweisen, daß etwa Andrew

17 Zu Verlauf und Ergebnis der Konferenz s. »Southern Rhodesia/Report of the Constitutional Conference/Lancaster House London September – Dezember 1979« (Cmnd.-Paper 7802), London, 1980, Januar. Zu den Positionen R. Mugabes bzw. J. Nkomos s. die Interviews mit ihnen in »West Africa« (London) vom 19. November 1979, S. 2125–2126 bzw. vom 17. Dezember 1979, S. 2322–2324.

18 S. dazu Cmnd.-Paper 7802, S. 34–39; »Africa Research Bulletin« (Political, Social and Cultural Series) vol. 16 (1979.11), Sp. 5485 A–5487 C.

Young und David Owen dem Rechnung getragen und so nie von ihr den Verzicht auf die im Krieg erkämpften Machtpositionen gefordert hätten.

Die PF mußte dennoch in der Folgezeit in London eine große Zahl weiterer, schwerwiegender Zugeständnisse machen: die Übergangszeit wurde auf nur zwei Monate begrenzt. Der bestehende zivile Verwaltungsapparat (incl. Polizei- und Rundfunkwesen), in dem weiße Kader die hervorragende Rolle spielten, blieb bestehen. Die von weißen Rhodesiern geführten Regierungstreitkräfte, incl. der hier dienenden Südafrikaner und übrigen Ausländer, wie auch die beiden umstrittenen, jeweils bataillonsstarken Spezialeinheiten Selous Scouts und Grey Scouts blieben unangetastet. Die jedenfalls von der Zahl her starken, formell Generalleutnant Peter Walls unterstehenden militärischen Hilfskräfte (*»auxiliaries«*) Muzorewas wurden nicht aufgelöst. Allerdings wurden, wie die Guerillaverbände ZANLAs und ZIPRAs, die Zivilverwaltung und auch alle militärischen Verbände Salisburys dem britischen Gouverneur unterstellt. Die Entwaffnung der weißen Zivilisten, darunter der Farmer, die ihre Anwesen im Verlauf des siebenjährigen Buschkrieges nach Art militärischer Befestigungsanlagen hatten umbauen müssen, unterblieb. Statt der Vereinten Nationen stellten einzelne Commonwealth-Länder das Corps der offiziellen Wahl-Beobachter.

3. Einige Modalitäten des Waffenstillstandsabkommens

Die letzte Konferenzphase galt der Aushandlung der Modalitäten des Waffenstillstandes. Sie führte auch Kaunda als den Staatspräsidenten des wohl am stärkstem vom Krieg betroffenen Frontstaates nach London. Es hat den Anschein, als habe sich in diesem Konferenzabschnitt das in London ansässige Commonwealth-Sekretariat besonders intensiv als Mittler eingeschaltet. Zu deutlich war, daß, wenn überhaupt noch eine Chance zur nicht-kriegerischen Beilegung des Zimbabwe-Konfliktes bestand, sie sich jetzt in London bot.

Kernpunkt der gefundenen Lösung¹⁹ war zum einen, daß sich die Angehörigen von ZANLA (ca. 20000) und ZIPRA (ca. 6000) auf 14 im Einvernehmen mit ihren Oberkommandierenden Josiah Tongogara und Achim Ndhlovu ausgewählte Sammellager zurückziehen würden. Zum anderen verpflichteten sich auch die Regierungstreitkräfte, sich auf ca. 42 Kasernenanlagen zurückzuziehen. Unberücksichtigt blieben hier wohl die bereits erwähnten Hilfstruppen (ca. 16000) der Partei Muzorewas. Sie unterstanden jenerzeit, wie bereits erwähnt, zwar formell dem Oberkommandierenden der rhodesischen Streitkräfte, führten jedoch seit eh und je ein äußerst fragwürdiges Eigenleben. Analoge Probleme bezüglich der Hilfskräfte Ndabaningi Sitholes stellten sich übrigens nicht mehr. Denn diese Einheiten waren bereits Ende Juli 1979 von Regierungstruppen in einem »Bürgerkrieg innerhalb eines Bürgerkrieges« größtenteils aufgerieben worden.

Sorge der Delegationen Mugabes und Nkomos war hier vor allem, daß die Regierungstreitkräfte die Konzentrierung ihrer ZANLA- und ZIPRA-Truppen auf nur 14 Lager nutzen könnten, sie von der Luft aus zu liquidieren. Jedenfalls halblaute

19 S. dazu Cmnd.-Paper 7802, S. 40–57; vgl. Godwin Matatu »Zimbabwe/The Shadow of Peace Shines«, in »Africa« (London) No. 100 (1979.12), S. 12–13.

Drohungen südafrikanischer Stellen mit einer möglichen militärischen Intervention Pretorias wie auch die später zugegebene Präsenz südafrikanischer Truppen in Zimbabwe trugen kaum dazu bei, auch nur ein Minimum von Vertrauen zu schaffen. Lord Carrington suchte dem mit der Entsendung einer ca. 1500 Mann starken, allerdings nicht ortskundigen, Commonwealth-Beobachtungstruppe zu begegnen. Deren Funktionen in der Übergangszeit waren nicht die einer Friedenstruppe. Sie hatten lediglich Verstöße gegen den Waffenstillstand zu registrieren und der Waffenstillstandskommission zu melden. Die letztere war übrigens mit dem für militärische Fragen zuständigen Berater des Gouverneurs als Vorsitzendem sowie einer gleich großen Zahl von Delegierten beider Konfliktparteien zu besetzen. Die Patriotische Front hatte hier die Entsendung einer vieltausendköpfigen UN-Friedenstruppe gefordert. Es erscheint sehr fraglich, ob eine solche Friedenstruppe in einem ihnen unbekannten Land von nahezu der Größe Frankreichs mehr hätte bewirken können als die dann tatsächlich entsandte Beobachtertruppe. Deren aus Australien, Neuseeland, Fidji und Kenia sowie – London stellte das weitaus größte Kontingent – Großbritannien stammende Angehörige waren in die Kasernenkomplexe der Regierungstreitkräfte und die 14 Sammellager ZANLAs bzw. ZIPRAs zu entsenden. Den Kombattanten wurden ihre Waffen und sonstige Ausrüstung belassen (*„Hold on your gun and keep the powder dry“*); das beiderseits vorhandene Mißtrauen schloß jede bessere Regelung aus.

Mit Wirkung vom 21. Dezember 1979 wurden beide Parteien grenzüberschreitende Aktionen untersagt. Im Fall der Guerilleros bedeutete dies, daß sie keine weiteren Truppen nach Zimbabwe einschleusen durften. Die Regierungstreitkräfte hatten ihre Aktionen in den Nachbarstaaten einzustellen. Eine Woche später hatte die binnen einer Woche abzuwickelnde Entflechtung der Truppen beider Seiten und damit der Waffenstillstand in Zimbabwe selbst zu beginnen.

V. Von der Rebellen-Republik zur Kolonie

Am 12. Dezember 1979 beugte sich Zimbabwe auch formell der Herrschaft Londons. Denn mit Ankunft des britischen Gouverneurs Christopher Soames trat die Regierung des Bischofs Abel Muzorewa zurück. Erstmals in seiner fast 90jährigen Geschichte war das frühere Protektorat Süd-Rhodesien und die spätere Rebellen-Republik Rhodesien damit bloße Kolonie.

Selbst die wenigen zuversichtlichen Beobachter der politischen Szenerie Zimbabwes mußte die alles in allem doch recht zügige und umfassende Implementierung des für die Durchführung von Wahlkampf und Wahl unentbehrlichen Waffenstillstandes überraschen. So rückten ca. 16000 ZANLA- und ca. 5600 ZIPRA-Kämpfer in die 14 offenen Sammellager ein. Nur zwei kleinere Lager nahmen übrigens Angehörige beider Guerillero-Armeen auf. Mehrere tausend ZANLA-, hingegen nur wenige hundert ZIPRA-Angehörige blieben entgegen den Londoner Absprachen außerhalb dieser Lager. Für Unruhe sorgte ferner, daß ZIPRA kleinere, ZANLA hingegen größere Kontingente ihrer Militärs dem Londoner Vertrag zuwider nach dem 21. Dezember 1979 aus Zambia bzw. Mozambique nach Zimbabwe einschleusten. Der Einsatz regulärer Polizei- und später auch Armee-Ein-

heiten gegen ZANLA-Eindringlinge, zu denen sich Lord Soames gezwungen sah, führte dazu, daß der Bürgerkrieg immer wieder heftig aufflackerte.

Andererseits hob der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen noch im Dezember 1979 bei Stimmenthaltung der UdSSR und der CSSR einstimmig die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gegen Salisbury verhängten Sanktionen auf. Auch wurden die Grenzübergänge zwischen Zimbabwe und Zambia sowie Mozambique wieder geöffnet. Schließlich konnten so die in Lusaka dringend benötigten Lieferungen südafrikanischen Maises wieder aufgenommen werden.

Der weitere Verlauf der Übergangsperiode wurde durch eine zunehmende, jedoch wohl stets gerade noch zu kontrollierende Zahl von Gewaltakten gekennzeichnet. Die Anhänger der zurückgetretenen Regierung Muzorewa machten dafür ausschließlich im Busch verbliebene ZANLA-Guerilleros verantwortlich. Sie wußten dafür plausible Gründe anzuführen: Die seit dem Zerfall des Bündnisses Nkomo/Mugabe gesehene Möglichkeit, daß die Partei ZANLAs nach der Wahl doch noch von der Übernahme der staatlichen Macht in Salisbury ausgeschlossen werden würde. Und dies, obwohl sie mehr als jede andere nationalistische Gruppierung zum Sturz der weißrhodesischen Minderheitsregierung beigetragen hatte. Nach dem wohl von Mugabe zu verantwortenden Zerfall dieses bislang *Patriotic Front* (PF) genannten Bündnisses nahm Nkomo diesen Namen für seine jetzt wieder einen gemäßigten Kurs steuernde Partei allein in Anspruch. Mugabe behielt für seine unverändert radikal-nationalistische Partei deren alten Namen *Zimbabwe African National Union/ZANU* bei, fügte ihm jedoch den Zusatz »PF« hinzu. Beiläufig sei vermerkt, daß die auch weiterhin eine gemäßigte Linie vertretende Partei des Bischofs Muzorewa ihren seit Jahren geführten Namen *United African National Congress/UANC* beibehielt.

Auch der Tod des ZANLA-Oberkommandierenden Josiah Tongogara wird erheblich zur Verschlechterung der Sicherheitslage im Osten Zimbabwes beigetragen haben. Er war Ende Dezember 1979, nicht ganz unerwartet, unter reichlich mysteriösen Umständen in Mozambique einem Verkehrsunfall zum Opfer gefallen. Nkomos ZIPRA war all die Jahre hindurch erheblich disziplinierter aufgetreten als die von Tongogara militärisch geführte ZANLA. Sein Tod schaffte hier zusätzliche Probleme; seine Nachfolger verfügen nämlich bislang nicht über seine Autorität. Hinzu kam, daß wohl eine größere Zahl der im Busch verbliebenen Guerilleros in die Rolle von Banditen überwechselte. So sind viele Faktoren zu erkennen, die der ländlichen Bevölkerung auch in einer international anerkannten Republik Zimbabwe noch über viele Jahre zu schaffen machen werden.

ZANU/PF und in viel geringerem Maße auch die PF machten die Hilfskräfte des UANC dafür verantwortlich, ihre potentiellen Wähler einzuschüchtern, ihre Parlamentskandidaten und Parteifunktionäre mit Mord zu bedrohen und auch anderweitig die Bevölkerung zu terrorisieren. Ähnlichen Vorwürfen sahen sich auch die Polizei- und Streitkräfte Salisburys ausgesetzt, deren sich Lord Soames mangels eigener Sicherheitskräfte wohl oder übel bedienen mußte, um wenigstens eine gewisse Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Hier ist relevant, daß sich der briti-

sche Gouverneur nicht der Verbände ZANLAs und wohl auch nicht ZIPRAs bediente. Das legte den Verdacht nahe, Lord Soames wolle Robert Mugabe, der gewiß nicht der Wunschkandidat Londons für das so wichtige Amt des Ministerpräsidenten war, benachteiligen.

Die Übergangszeit wurde jedenfalls nach dessen Rückkehr aus dem mozambiquanischen Exil Ende Januar 1980 zunehmend durch die scharfen Kontroversen zwischen Mugabes ZANU/PF und Lord Soames über dessen angeblich parteiische Amtsführung geprägt. Auch stellte die von dem britischen Gouverneur ausdrücklich gebilligte Präsenz südafrikanischer Soldaten im rhodesischen Teil des südafrikanisch-rhodesischen Eisenbahnknotenpunkts Beitbridge/Limpopo eine große Belastung für die Waffenruhe dar. Verbot das Londoner Abkommen doch jedwede ausländische Intervention. Nicht nur ZANU/PF ließ die Sorge verlautbaren, daß die Londoner Zimbabwe-Konferenz und die folgende Politik der Regierung Thatcher doch nur eine perfide Pflichtübung gewesen sei. So kritisierten etwa die Frontstaaten schon Mitte Januar 1980 Großbritannien bei ihrem Treffen in Beira scharf und beschuldigten Lord Soames der »flagranten Verletzung« des Londoner Abkommens. Der Diplomatie Washingtons war es dann wohl zu verdanken, daß die, in Abwesenheit Großbritanniens, Anfang Februar 1980 nach viertätiger Debatte einstimmig verabschiedete Zimbabwe-Resolution des UN-Sicherheitsrates vergleichsweise zurückhaltend ausfiel. In ihr wurde London lediglich zur »vollständigen und unparteiischen Verwirklichung« des Londoner Abkommens aufgefordert²⁰. So war es mehr als ein Gebot politischer Klugheit, daß die Südafrikaner ihre Truppen noch kurz vor Beginn der Sitzung des Sicherheitsrates abgezogen hatten. Daß der Ministerrat der 49 OAU-Staaten Mitte Februar 1980 in Addis Abeba dennoch London »anhaltender Verstöße« gegen das Abkommen bezichtigte, wird sich mit der Wertung von ZANU/PF gedeckt haben. Für sie lag auf der Hand, daß weder die Briten noch die weißen Südafrikaner ihren Sieg wünschten.

Welche Vorwürfe hier zu Recht, welche zu Unrecht erhoben wurden, wer insbesondere hinter den beiden Anschlägen auf das Leben Mugabes stand, dürfte kaum zu klären sein. Daß die stets so prekäre Waffenruhe die Parlamentswahlen überhaupt überdauerte, ist jedenfalls nur dank hervorragender Leistungen derer möglich gewesen, die hier Verantwortung mit oder ohne tatsächliche Macht trugen.

VI. Ausblick auf die Lage Zimbabwes nach den Wahlen

Aus den Parlamentswahlen der schwarzen Bevölkerung ging ZANU/PF als eindeutiger Sieger hervor, gewann sie doch 63 Prozent der Stimmen und damit 57 der hier zu vergebenen 80 Sitze. Die PF brachte es auf die mehr oder weniger erwarteten 24 Prozent und damit auf 20 Sitze. Der UANC verlor mit nur 8 Prozent (3 Sitze) wider Erwarten überaus deutlich. Die anschließende Beauftragung Robert Mugabes mit der Regierungsbildung gibt Hoffnung, daß der Buschkrieg nicht wieder aufflammen wird. Wäre das Wahlergebnis zu Ungunsten von ZANU/PF ausgefallen, wäre es dann etwa, von vielen weißen Rhodesiern und

20 So dazu den sehr lesenswerten Bericht von Ulrich Meister »Einseitige Informationspolitik von Gouverneur Soames/Angespannte Sicherheitslage in Rhodesien/Übergriffe auch von Regierungseinheiten«, in NZZ vom 24./25. Februar 1980, S. 3.

Südafrikanern erhofft, zu einer Regierungskoalition Nkomo/Muzorewa gekommen, so hätte der bewaffnete Arm der ZANU/PF, eben die ZANLA, den Krieg wahrscheinlich wieder aufgenommen. Allerdings spricht vieles dafür, daß sie darin von Mozambique und Tanzania nicht unterstützt worden wäre. Besonders wichtig und zu begrüßen ist an dem Wahlergebnis schließlich, daß den 20 bereits Mitte Februar 1980 gewählten weißrhodesischen Abgeordneten eine Schlüsselposition nicht zukommt. Vielleicht wird es dem neuen Ministerpräsidenten sogar gelingen, die Fraktionen des Parlamentes für die Bildung eines Kabinetts der nationalen Einheit zu gewinnen. Er hat sich jedenfalls bereits Anfang März 1980 darum bemüht.

Wenige Tage nach seinem Wahlsieg beauftragte Mugabe Generalleutnant Peter Walls mit der Integration von ZANLA und ZIPRA mit den bisherigen Regierungstreitkräften. Das mag nicht nur vielen der weißen Rhodesier, sondern auch allen jenen Schwarzen, die mit Salisbury kollaboriert hatten, darunter mehrere zehntausend Militärs, etwas von ihrer Furcht vor einer für sie ganz ungewissen Zukunft genommen haben. Robert Mugabe hat die Folgen des überstürzten Abzugs der Portugiesen in Mozambique vor Ort erlebt; vielleicht läßt ihn dies jetzt sehr vorsichtig agieren.

Die Behutsamkeit, Sicherheit und Kompetenz, die Mugabes bisheriges Verhalten kennzeichnen, lassen Hoffnung aufkommen, daß ein Desaster nach Art Mozambiques und Angolas wird vermieden werden können. Möglicherweise wird es ihm auf Dauer gelingen, Widersprüche zwischen seinen revolutionären Wahlaussagen und dem Erfordernis der Erhaltung einer sehr hoch entwickelten Volkswirtschaft aufzulösen. Anders als 1974/75 in Angola und Mozambique gibt es in Zimbabwe heute fast 1 Million in die modernen Sektoren der Volkswirtschaft integrierte schwarze Arbeitnehmer. Und von ihnen leben nicht weniger als 50 Prozent in den Städten. Derzeit sind die weißen Rhodesier, darunter vor allem die Kader in Bergbau, Industrie, Verwaltung und Landwirtschaft absolut unentbehrlich. Nach allen Erfahrungen in Afrika (incl. Kenia!) werden sie Zimbabwe mittelfristig verlassen müssen; aber es gilt zu verhindern, daß dies überstürzt geschieht. Gelingt dies nicht, so werden die modernen Sektoren der Wirtschaft weitgehend zusammenbrechen. Die Folgen wären über lange Zeit nicht zu behebende Arbeitslosigkeit und, daraus resultierend, politische Instabilität. Andererseits gebieten die extremen Einkommensunterschiede drastische soziale und wirtschaftliche Reformen.

Der souveräne Wahlsieg ZANUs/PF muß und wird dem südafrikanischen ANC, der südwestafrikanischen SWAPO und anderen radikalen Kräften Auftrieb geben. Überhaupt werden, im Positiven wie im Negativen, die Entwicklungen in Zimbabwe nach Südafrika/Azania wie auch Südwestafrika/Namibia ausstrahlen. Angesichts des heute wieder nachlassenden Eifers der Regierung P. W. Bothas, wenigstens moderate Reformen durchzusetzen, erscheint doch sehr zweifelhaft, ob die Regierung in Pretoria einer solchen Herausforderung gewachsen sein wird. So ist zu befürchten, daß die 80er Jahre im südlichen Afrika reich an Konflikten sein werden; dies auch für den Fall, daß Mugabe es weiter versteht, die ihm durch die Friedensinitiative des Commonwealth gebotene Chance zu nutzen.